



Online
lesen unter:
[www.gruene-
wahlzeitung-lds
.de](http://www.gruene-wahlzeitung-lds.de)

Alles ist drin.

Für Sie. Für Dahme-Spreewald. Für Alle.

**Vertrauen schaffen und gemeinsam
an einem Strang ziehen.**



**Wählen für eine sichere Zukunft
unserer Kinder und Enkel.**



Finn, 8 Jahre, Meerestiere

**Ländliche Räume durch
eine offene Gesellschaft stärken.**



Liebe Leserinnen und Leser,

heute halten Sie Ihr persönliches Exemplar unserer bündnisgrünen, regionalen Wahlzeitung zur Bundestagswahl 2021 in der Hand. Wir laden Sie zum Lesen und Stöbern durch die Seiten ein. Dabei werden Sie feststellen, dass das hier nicht einfach nur unser Bundestagswahlprogramm ist. Ganz im Gegenteil: Die Inhalte sind von Menschen aus unserem Landkreis recherchiert und verfasst worden. So haben wir für Sie Interviews geführt, Erfahrungsberichte geschrieben und Gastbeiträge eingeholt und

spannendsten Wahlen überhaupt werden. Jetzt haben wir die Möglichkeit, gemeinsam einen neuen Weg zu gehen, um Politik mit den Menschen zu machen und nicht über sie. Es gibt viel zu tun: mehr soziale Gerechtigkeit und Anerkennung, mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, neue Lösungen für die ländlichen Räume, besserer Rad- und Personennahverkehr, konsequenter Klimaschutz und eine nachhaltige, ökologische Modernisierung der Wirtschaft.



uns bemüht, schwierige Themen in Form von Grafiken und Bildern zu erklären. Dabei haben wir uns immer die Frage gestellt, was dieser Punkt für die Menschen in unserer Region bedeutet. Die dabei entstandenen Beiträge sind so vielfältig wie unser Landkreis. Eines ist klar, die diesjährige Bundestagswahl wird besonders richtungweisend und eine der

Wir wollen Ihnen Mut machen, etwas Neues zu wagen. Lesen Sie hier selbst nach, wie die Pläne der Grünen vor Ort aussehen, da, wo es zählt. Veränderung braucht Zeit aber beginnen müssen wir jetzt! Wir sind bereit, weil Sie es sind!

Es grüßen Sie herzlich Ihre Kreisvorsitzenden Sabine Freund und Sandra Pengel

Digital lesen.

Alle Artikel der gedruckten Zeitung bequem auf unserer Webseite lesen. Einfach diesen QR-Code scannen.



Artikel, die zusätzlich mit einem QR-Code versehen sind, können in der Langform digital gelesen werden. Hier einfach den jeweiligen QR-Code am Text scannen.

Als E-Paper lesen.

Bequem vom Rechner, Tablet oder Smartphone blättern und lesen.



gruene-wahlzeitung-lds.de

Liebe Freund*innen im Landkreis Dahme-Spreewald,

nach nie standen in einem Wahlkampf die Zeichen so auf Grün wie in diesem, wo wir erstmals mit einer grünen Kanzlerkandidatin aus dem schönen Land Brandenburg der Union den Kampfansagen. Viele Menschen haben verstanden, dass es nicht mehr reicht, über Herausforderungen wie die Klimakrise und soziale Gerechtigkeit nur zu reden, sondern, dass wir endlich handeln müssen. Vielen Menschen ist es nicht mehr egal, dass Menschenrechte weltweit unter Beschuss stehen, dass gegen Geflüchtete und diejenigen, die sie unterstützen, gehetzt und Rassismus befeuert wird.

Auch Euer Landkreis und die große Mehrheit der Bürger*innen in Dahme-Spreewald stellt sich diesem Hass längst entschlossen entgegen, hält Menschlichkeit und Solidarität gerade auch in diesen Zeiten gemeinsam hoch. Ihr habt auf Antrag der Grünen Fraktion Euren Landkreis zum Sicheren Hafen erklärt und zeigt so zusammen mit vielen neu gegründeten Initiativen und Vereinen, wie breit die Unterstützung für den Schutz von Geflüchteten bei Euch vor Ort ist. Während über den Willy-Brandt-Flughafen immer wieder Geflüchtete in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen politische Verfolgung, Folter und Tod drohen, setzt Ihr ein klares Zeichen gegen diese unmenschenliche Politik, in dem Ihr zum Teil schwer traumatisierte Menschen bei Euch willkommen heißt und ihnen Zufluchtsorte bietet.

Ja, unsere Vielfalt und Menschen mit Haltung werden von Rechtsextremist*innen angegriffen, und die Feind*innen unserer Demokratie sitzen längst in den Parlamenten – auch in den kommunalen. Das kann uns nur noch größerer Ansporn sein, wachsen zu bleiben, die Demokratie zu verteidigen und uns diesen Rechtsstaatsfeind*innen und Rassist*innen mit aller Kraft entgegenzustellen – jeden Tag, in den Kommunen und den Städten. Und auch dafür braucht es uns Grüne. Zeigt Gesicht, erhebt die Stimme und macht den Hasser*innen und Hetzer*innen auch weiterhin klar: Wir sind mehr!



Stehen wir gemeinsam ein für eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen wohl, sicher und zuhause fühlen und sich frei entfalten können, in der niemand Angst haben muss, unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung, Religion oder sexueller Identität. Kämpfen wir gemeinsam für das bunte, vielfältige „WIR ALLE“, das unser Land und diesen Landkreis so reich macht. Und lasst uns überall dafür sorgen, dass dieses Land am 26. September grüner strahlt als je zuvor.

Eure

Claudia Roth

Claudia Roth

Gurkola erklärt: Erst- und Zweitstimme.

Von Martina Ketsch

Gesamtzahl der Sitze im Bundestag
Insgesamt gibt es mindestens 598 Sitze im Bundestag. In Deutschland gibt es 299 Wahlkreise.

Jede Partei stellt eine Landesliste mit Kandidierenden und pro Wahlkreis eine*n Direktkandidat*in auf.

In Ihrem Wahlkreis 62 (Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I) ist **Dr. Gerhard Kalinka** Direktkandidat für Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Erststimme

Wir wählen eine Person als Direktkandidierende für jeden Wahlkreis. Auch Kandidaturen ohne Parteizugehörigkeit sind möglich. Nur die Person mit den meisten Erststimmen in einem Wahlkreis gewinnt das Direktmandat und somit einen Platz im Parlament. Alle anderen gehen leer aus. Die Direktmandate stellen sicher, dass jeder Wahlkreis im Bundestag vertreten ist. **299 Sitze werden durch die Erststimme (Direktkandidierende) gewählt.**

Zweitstimme

Sie ist die wichtigere Stimme und entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Mit der Zweitstimme wählen wir keine Person, sondern eine Partei und deren Landesliste. Die Landesliste beinhaltet die Kandidierenden in der Reihenfolge, wie die Partei sie für das jeweilige Bundesland in den Bundestag schicken möchte. **Mindestens 299 Sitze werden durch die Zweitstimme (Landeslisten) gewählt.**



© Sandra Pengel

Die Zukunft des Fliegens

Faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsformen schaffen | Interview mit Dr. Gerhard Kalinka, geführt von Andrea Lübcke

In den Medien wurde immer wieder darüber diskutiert: Wollen die Grünen das Fliegen – und insbesondere Kurzstreckenflüge – verbieten?

Nein, dieses Problem dürfte sich von selbst lösen, denn Kurzstreckenflüge bringen keinen Zeitvorteil gegenüber einer Bahnfahrt. Mit dem Zug ist man auch gleich in der Innenstadt und kann die Anschlussverbindungen des ÖPNV nutzen. Fliegen erzeugt erheblichen Lärm, Feinstaub und CO₂ – die Bahn fährt dagegen mit Ökostrom. Somit bleibt noch der Preisvorteil des Fliegens, der aber darauf beruht, dass sich viele Kosten nicht im Preis des Tickets wiederfinden. Darauf gehe ich später noch ein. Wir Grünen wollen hier nichts verbieten, sondern den ökologischen und ökonomischen Wettbewerb auf Augenhöhe herstellen. In diesem Fall wäre die Bahn vorn.

Warum muss die Diskussion über das Fliegen überhaupt geführt werden?

Die Passagierzahlen im Flugverkehr verdoppeln sich etwa alle 15 Jahre. Auch die Pandemie dämpft diesen Trend nur kurz. Flugzeuge setzen pro Passagier*in und Kilometer am meisten CO₂ von allen Verkehrsmitteln frei. Hinzu kommen sogenannte Nicht-CO₂-Effekte in großen Höhen, die die Klimawirkung verstärken. Die Luftfahrtindustrie hat eine Strategie vorgelegt, wie sie CO₂-frei werden will: Zunächst wird an effektiveren Antrieben gearbeitet.

Dieser Effekt wird aber von der überproportionalen Steigerung der Passagierzahlen zunichte gemacht. Ab 2021 will die Luftfahrtbranche CO₂-neutral wachsen. Wenn zukünftig also mehr CO₂ ausstoßen wird als 2019, müssen diese Emissionen woanders eingespart werden – zum Beispiel durch Aufforstung oder Steigerung der Energieeffizienz. Erst ab 2035 sollen durch alternative Antriebe jährliche CO₂-Emissionen unter das Niveau von 2019 sinken; ab 2050 soll die Luftfahrt CO₂-neutral sein. Die Forschung zu alternativen Antrieben ist aber in einem sehr frühen Stadium – und durch die Nicht-CO₂-Effekte heißt CO₂-neutral leider nicht klimaneutral.

Was sind denn Nicht-CO₂-Effekte?

Flugverkehr hat auch durch andere Emissionen Einfluss auf das Klima: Hierzu gehören die Emissionen von Wasserdampf, Stickoxiden und Aerosolen, die entweder direkt auf den Treibhauseffekt wirken oder die Energiebilanz z. B. durch Wolkenbildung beeinflussen. Insgesamt ordnet das Umweltbundesamt den Nicht-CO₂-Effekten eine doppelt so hohe Klimawirkung zu wie den reinen CO₂-Emissionen.

Was wollen die Grünen machen, damit es in Zukunft für Kurzstreckenflüge attraktive Alternativen gibt?

Was die Reisedauer angeht, ist die Bahn in vielen Fällen schon eine

attraktive Alternative. Wir wollen den Bahnverkehr weiter ausbauen, alle deutschen Großstädte mit regelmäßigen Verbindungen an den Fernverkehr anschließen und in ländlichen Räumen in größerem Umfang Anschlüsse an das Schienennetz reaktivieren. Der Ausbau von Busverbindungen soll die schnelle Erreichbarkeit des Schienennetzes sicherstellen. Bahnfahren muss aber auch im wirtschaftlichen Vergleich gegenüber dem Flugverkehr bestehen. Hier wollen wir versteckte Subventionen des Flugverkehrs abbauen. Flughäfen werden oft aus Steuergeldern bezahlt und den Fluggesellschaften preiswert zur Verfügung gestellt (siehe Willy-Brandt-Flughafen/BER). Transgebühren fallen nicht an und es werden keine Steuern auf Treibstoff erhoben. Die Kerosinsteuerbefreiung und die Befreiung von der Mehrwertsteuer für internationale Flüge sind zwei wesentliche Beispiele von versteckten Subventionen.

Und wie kommt man ohne Flieger nach Mallorca und zu anderen Urlaubsinseln?

Gar nicht. Deshalb hat Flugverkehr einen berechtigten Platz in einer globalisierten Welt. Aber die Frage muss erlaubt sein: Wie viel Flugverkehr verträgt die Atmosphäre, wie viel die Menschen am Boden? Wo sind die sinnvollen und notwendigen Grenzen des Wachstums?

Ich fliege schon lange nicht mehr in den Urlaub.

Ist es nicht unsozial, wenn sich nur noch reichere Menschen das Fliegen leisten können?

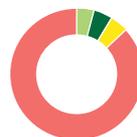
Ich gönne allen Menschen ihren Urlaub, aber ein Ticket für 16 Euro nach Mallorca steht in keinem Verhältnis zu den wahren Kosten und Folgekosten des Fluges. Dieser muss die Kompensation von Umwelt- und Klimaschäden beinhalten, die anteiligen Kosten für die Flughafen-Infrastruktur sowie für angemessene Umsiedlung, aktiven und passiven Lärmschutz sowie Gesundheitsvorsorge der Flughafen-Anrainer. Unsozial ist, wer auf Kosten der Allgemeinheit ohne Rücksicht auf die Folgen fliegt. Es gibt keine in Recht auf subventionierte Billigfliegerei.

Was nächstes zu den Leser*innen noch mitgeben?

Dass wir Grünen das Fliegen, Auto- und Motorradfahren grundsätzlich

verbieten wollen, ist Unsinn. Aber ein „weiter so“ wie bisher kann es auch nicht geben. Wir wollen auf die Veränderungen des globalen Klimas sinnvoll reagieren. Mit dem Pariser Abkommen haben sich 196 Länder dieser Welt darauf geeinigt, den Ausstoß der Treibhausgase so zu reduzieren, dass die Erhitzung des Planeten begrenzt wird. Wenn wir alle eine gesunde, lebenswerte Welt erhalten wollen, müssen wir auch vernünftige Einschränkungen hinnehmen. Nicht, weil uns das Spaß macht, sondern weil es notwendig ist. Früher gab es großes Geschrei um die Vorschriften zu Sicherheitsgurt, Dosenpfand, bleifreiem Benzin und den Kontrollrängen der Schornsteinfeger*innen. Rückblickend haben heute alle begriffen: Das waren sinnvolle Vorgaben, die uns nützen. Ich bin überzeugt, dass das bei den Klimaschutzmaßnahmen auch so sein wird. Und ich bin sicher: Vernunft setzt sich am Ende durch.

Wann in Deutschland über Gerechtigkeit diskutiert wird



- wenn der Bildungserfolg von den Eltern abhängt
- wenn es um eine Erhöhung des Mindestlohns geht
- wenn es um fair geteilte Pflege- und Hausarbeit geht
- wenn der Flug nach Mallorca teurer wird

Impressum

Die Wahlzeitung „Alles ist drin.“ erscheint einmalig anlässlich der Bundestagswahl 2021.

www.gruene-wahlzeitung-lds.de

Herausgeberin
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Dahme-Spreewald
Dorfstraße 38, 15938 Drahsdorf
V.i.S.d.P.: Sandra Pengel

Schlussredaktion
Andrea Lübcke, Sabine Freund, Susanna Sandvoß, Sandra Pengel

Titelbild: Jürgen Borries
Skizzen: Franziska Buchner (Schenk mir deine Stimme, Energiegeld) Sandra Pengel (Comic Gurkola)

Gestaltung/Satz
divers – Clemens Wehr

Druck
LR Medienverlag u. Druckerei GmbH
Straße der Jugend 54
03050 Cottbus

Papier: 100% Recycling

Gedruckte Auflage: 85.000 Stück

Verteilungslage: 82.500 Stück

Erscheinungstermin: 14. August 2021

Copyright: Alle Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder sonstige Verwertung nur nach schriftlicher Einwilligung durch die Herausgeberin.

Kontakt
buero@gruene-dahme-spreewald.de



Ihr Direktkandidat im Wahlkreis 62

Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I

Dr. Gerhard Kalinka wurde 1962 in Berlin geboren, ist verheiratet und hat zwei Töchter. Er lebt mit seiner Familie in Blankenfelde-Mahlow. Die Menschen dort sind besonders vom Fluglärm betroffen. Er engagierte sich viele Jahre als Sprecher des Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot. Als Werkstoffwissenschaftler beschäftigt er sich vor allem mit dem Recycling von Kunststoffen.



Gute Gründe

Warum Eltern und Großeltern Bündnis 90/DIE GRÜNEN wählen sollten

Von Sylvia Rasch

Ich laufe durch das Eichwalder Eichenwäldchen, durch den Zeuthener Wald neben der Laubenkolonie, durch den Wald nahe der Schranke Heinrich-Heine-Straße und schaue ständig nach oben, aus Sorge, dass mir gleich ein trockener Ast auf den Kopf fällt. Gefühlt hat sich der grüne Wald in den letzten zehn Jahren halbiert. Überall liegen trockene Äste herum. Und wenn es denn mal regnet, kommen Sturzbäche vom Himmel, überschwemmen meinen Keller, schaffen es aber nicht, durch den ausgetrockneten Boden bis zu den Wurzeln der Bäume vorzudringen.

Ich fürchte, dass die Welt, in der meine Enkelkinder in 60 Jahren mit ihren Enkelkindern leben werden, kaputt ist. Dass es starke, gesunde Bäume, wie wir sie kennen, nicht mehr gibt. Dass die für die Natur so wichtigen tagelangen Landregen ausbleiben und das Wetter von Extremen geprägt sein wird - von Starkregenereignissen und langanhaltender Dürre.

• Ich will, dass meine Kinder und Enkelkinder noch in 30 Jahren im Zeuthener See baden können - in klarem, sauberem Wasser und nicht, dass sie so ausgetrocknet ist, dass sie von der Eichwalder Badewiese nach Schmöckwitz laufen können.

Bildung. KiTa. Schule.

Was wir wirklich brauchen und wofür wir uns einsetzen.

Von Katherina Toth-Butzke, Ilja Noglik, Stefan Tarnow, Agnes Niersmann, Dr. Anika Darmer

KiTaPlatzausbau fördern!

Ob in Eichwalde oder Luckau - für Familien bedeutet ein fehlender oder unzureichender KiTa-Platz ein echtes Wirtschaftspröblem. Frauen bleiben dann oft notgedrungen zuhause. Das hat negative Auswirkungen auf ihr Berufsleben und auf die späteren Rentenansprüche. Es ist damit auch ein Gleichberechtigungspröblem.

Sanierungsoffensive!

Von Schulendorf über Königs Wusterhausen und Bestensee bis nach Lübben: Seit Jahren erteilt das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) Ausnahmegenehmigungen für die Überbelegung in den Bildungseinrichtungen. Der Bau neuer Einrichtungen und Sanierungen lassen lange auf sich warten. Zu lange.

Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung!

Lange Wege zu den Bildungseinrichtungen sind für Kinder mit Förderbedarfen keine Seltenheit. Das grenzt Kinder aus. Das gemeinsame Lernen und Spielen mit Kindern aus der Nachbarschaft fehlt. Das kann Vorturteile schüren und Ängste wecken. Gelungene Inklusion ist die Ausnahme und nicht die Regel.



Bundesweite Mindeststandards für den Personalschlüssel!

Die Anzahl der Kinder pro Betreuungskraft in den Kitas ist nicht angemessen. Überlastetes Personal, nicht bedürfnisorientierte Betreuung Kinder und unzufriedene Eltern sind die Folge. Eine hohe Personalfuktuation und der Ausstieg aus dem Beruf sind ebenfalls Ausdruck dieses Zustandes.

Wir brauchen eine Kindergrundsicherung!

Ein Eis essen, Baden, ins Kino oder in den Wildpark - Highlights versüßen das Leben unserer Kinder. Doch in vielen Familien müssen Freizeit, Schulmaterialien, Bahntickets und Kulturevents schwer erspart werden oder sind eben einfach nicht drin. Das muss sich ändern!

Digitale Bildung auf die Höhe der Zeit bringen!

Gute Klassenräume benötigen zeitgemäße, digitale Ausstattung, die von gut ausgebildeten Lehrkräften bedient und erklärt werden kann. Dafür braucht es den Digitalpakt mit klaren Zielen. Für Kinder sollen Tablet oder Laptop genauso selbstverständlich sein wie Atlas und Fibel.

Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind!

Ob Sport, Musik oder Kunst, alle Kinder sollen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln können. Deshalb soll jedes Kind das Recht auf einen Ganztagsplatz haben. Das soll durch Beteiligung des Bundes ermöglicht werden. Ein gesundes und kostenloses Mittagessen gehört auch dazu.

Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren!

Kinder brauchen zum Wohlfühlen gut ausgestattete, saubere Räume, einschließlich Schultoiletten. Damit alle Kinder überall die gleichen Möglichkeiten haben, sollen Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf durch ein Bundesmodellprogramm für mehr Bildungsgerechtigkeit gestärkt werden.



Kultur kultivieren.

Von Lothar Treder-Schmidt und Sandra Pengel

Kultur gehört zur Grundversorgung: Filme und Theatererlebnisse helfen uns zu träumen, andere Leben in anderen Welten (nach) zu erleben, über die Gesellschaft und (unsere) Beziehungen nachzudenken, unseren Horizont und unsere Sichtweisen zu weiten. Musik und Tanz erreichen und eröffnen tiefste emotionale Schichten, selbst ausgeübt wächst der Intellekt durch die Herausforderungen an unser Analyse- und Abstraktionsvermögen (bei der Notenbildumsetzung) bis hin zur komplexen Feinmotorik. Erinnerungskultur brauchen wir, um unser gesellschaftliches Werden zu verstehen, an ihm zu wachsen und aus ihm zu lernen. Dass unsere entfaltete, freihetlich und (trotz allem) wohlhabende, kulturreiche Gesellschaft aus der Schöpferkraft, den Leimleistungen, der Kreativität und auch den Irrtümern, ja auch Verbrechen, aber auch Opfern und Entbehrungen vorangegangener Generationen entstand, bereichert nicht nur das Wissen, es schützt auch vor Selbstüberschätzung und der Wiederholung schrecklicher Fehler und Irrtümer. Deswegen gehört Kultur in ihrer Fülle und Komplexität staatlich gefördert und gestützt - sie ist kein belletrischer Luxus, der je nach Finanzlage Sahnehäubchen sein darf oder genceant wird. Kultur muss die Menschen erreichen, sie steht im Fokus behalten bzw. in ihnen selbst die Kulturträger freisetzen. Und sie unterhalten! Unser Landkreis ist da auf gutem Weg.

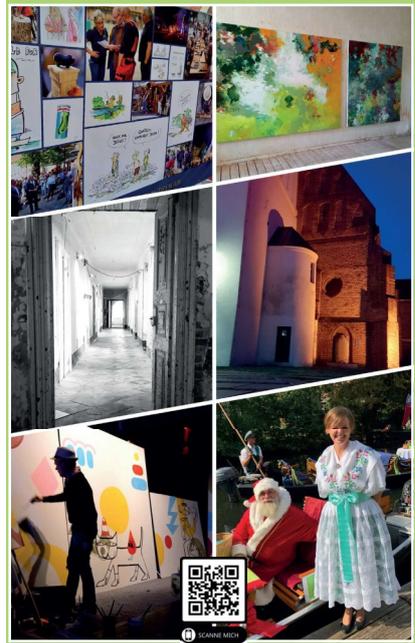


- ... Aquamediale. Tanz. Spektrale. Tradition.
- ... Kultur. Kunst. Kreativ. Museum. Film.
- ... Literatur. Schlösser. Musik. Rohkunstbau.
- ... Gesang. Sorben/Wenden. Kahnkorso.
- ... Theater. Kirchen. Gedenken. Freilichtoper.
- ... Clubkultur. Handwerk. Ortschronisten.
- ... Chor. Erinnerungskultur...

Unsere Enkelkinder dürfen nicht den Preis für unser Handeln zahlen!

Ich habe nicht mehr viele Jahre vor mir. Ich fühle mich allerdings verantwortlich für die Zukunft der nächsten und übernächsten Generation. Ich gehöre zu der Generation, die Raubbau an unserer Erde getrieben hat. Sicher nicht in böser Absicht, manchmal unwissend und vielleicht auch wider besseres Wissen. Ich bin der Ansicht, ich darf meine Enkelkinder und folgende Generationen nicht den Preis zahlen lassen für etwas, das sie nicht verschuldet haben.

Deshalb will ich dazu beitragen, zu retten, was zu retten ist: Jetzt! Sofort! Und nicht übermorgen! Denn dann ist es zu spät. Dafür brauchen wir einen grundlegenden Wandel und - kein 'Weiter so'. Die bisherige Regierung hatte 16 Jahre Zeit, ihre guten Vorsätze umzusetzen. Selbst die Bundeskanzlerin räumte in ihrer letzten Fragestunde des Bundestages am 13.06.2021 - auf Nachfrage des Grünen-Abgeordneten Oliver Krischer (Tagessp, 24.06.2021, S.4) - ein, "dass in Sachen Klimaschutz mehr hätte passieren können". Aus diesen guten Gründen gebe ich Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei der Bundestagswahl meine Stimme. Sie sollen die Chance bekommen, mit und für die nächsten Generationen den dringend erforderlichen Wandel umzusetzen.





Eine Impfreise im März

Die Sorge vor'm Virus quälte mich sehr, drum sollte schnell die Impfung her. Termin per Fon, das war die Kunde – so wählte ich dann manche Stunde...

Doch ganz vergeblich blieb mein Mühn. Du musst, hieß es, den Online-Loker ziehn: Du loggst dich ein und eins-zwei-fix bist du bei der Termin-Matrix. Gibst ein die Zahlen, Daten, Fakten und hoffst, dass flott sie dich eintaken.

Das ging auch prima, Sie werden's wissen, bis dahin, wo Termine kommen müssen. Dort hieß es: Kein Termin im Angebot! Klemmt das Portal? Herrscht Impfstoffmangelnot?

Erneut alle Daten, stets von vorn – die Finger wund, es wächst der Zorn. Versuche des Morgens und spät zur Nacht: Sie haben keinen Termin erbracht.

Geduld, gemacht, nach Wochen Tipperei gibt dir's Portal die Spalte frei: Erhältst, erkämpfst, weil sehr begehrt, den Impftermin! Nach Schönefeld, so heißt es, musst du ziehn.

Oh je, das Auto wird vom Manne grad' begehrt, sieh du nun zu, wie „öffentlich“ man fährt. Zwar gehörs du schon zur Gruppe „Greise“, das aber ändert nichts an deiner Reise:

Um 6 beim Schulbus stell dich an, der bringt nach Luckau Stadt dich dann zur Schule – zum Busplatz kannst du weiterlaufen und dort dich ruhig einmal verschlafen. Der Bus nach Lübben ist eh' weg und meckern hat auch keinen Zweck.

In Lübben schließlich angekommen, wird nach KW die Bahn genommen. Termin war übrigens um 9, da gerade fuhr der Zug im Bahnhof ein! Von dort dann, für dasselbe Geld, der nächste Zug nach Schönefeld.

Oh Ungemach, oh Missgeschick: Was ändern Freude ist und Glück für dich ist's Pech! Der Zug fährt ein, der Bahnhof strahlt neu und fein: Der neue ist's – der alte Bahnhof sollt es sein!

Heraus, hinauf, ein Bus gesucht, gefunden, der irgendwann in längren Runden dich bringt zum alten Airport hin – da nämlich ist das Zentrum drin, wo die Doktores mit der Nadel Spitze dich stechen – hoffend, dass es nütze.

Der Weg, für Autos beschildert groß und klar, vom Bus aus schwer zu raten war. Vielleicht ein Test? Man prüft, ob sich noch lohnen Aufwand und Impfinvestitionen.

Man prüft, ob die Alten sich bequemen die Hürde Internet zu nehmen und dann, wenn ohne Auto, Führerschein sie finden sich zur Impfung ein! Wenn sie im Kampf mit ÖPNV obsiegen, dann können sie die Impfung kriegen: Denn sie bewiesen Lebenskraft indem zum Zentrum sie's geschafft.

Klar, dass der Weg zurück noch schlimmer wird der Schulbus ist längst abgeschwirrt, wenn man in Luckau angekommen, einen Bus ins Nachbarort halt nehmen muss. Den letzten Kilometer frisch gelaufen, nur nicht verzagen, nicht die Haare raufen!

Denn die so Überlebenden verdienen sich so den zweiten Schuss Vakzinen. Und wer's nicht schafft, da ist's eh einerteil ... und, immerhin: Es wird 'ne Dosis frei!

Geschrieben von:
Lothar Treder-Schmidt aus Caua
Kreistagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender
Stadtverordneter Luckau

Grundrente und Grundsicherung

Von Corinna Vock, 65 Jahre alt*

Vom Traumberuf im Kulturbetrieb in die Altersarmut – ein Erfahrungsbericht

„Macht euch selbständig“ hieß es von Regierungsseite Ende der 80er, Anfang der 90er. „Verlast euch nicht auf die anderen!“ Als Künstlerin ist das eh' nicht so, dass man sich das aussuchen könnte. Die Festanstellungen, vor allem für Schauspielerinnen, sind sehr begrenzt. Also arbeitet man „gemischt“.

Ein Leben ohne Festanstellung

Als Schauspielerin an Privaten Theatern (sehr schlecht bezahlt, da kaum gefördert und über die Eintritte geht nicht so viel), als Synchronschauspielerin (besser bezahlt, für Frauen auch nicht sooo viele Rollen, vor allem, wenn man nicht mehr wie 25 klingl) und natürlich andere Nebenjobs, um Miete und Überleben zu sichern. Flurbereinigung – das sind die Menschen, die die Straßen begradigen, wo man auch mal mit einem großen Granitstein in den Armen in der Hocke durchs Unterholz kriecht – Kantine, Wäscherei, Zeitungsladen usw. Als Synchronschauspielerin wird man nicht fest eingestellt, sondern als sogenannte „Unständige“ tagesweise je Einsatz beschäftigt und abgerechnet. Das heißt, ich zahle auf mein tageweises Entgelt volle Sozialversicherungsbeiträge. In der Regel kommen aber nicht genug Tage der Beschäftigung in einem Monat zusammen, um in Zeiten von Auftragsflaute auch mal selbst Arbeitslosengeld zu erhalten. Auch das für einzelne Tage hohe Entgelt ist insgesamt auf den Monat betrachtet zu gering, um später eine angemessene Rente zu erhalten.

Im Gegensatz zu heute betrug meine Miete damals etwa ein Viertel meines Einkommens

Also haben wir uns selbständig gemacht und eine Synchronfirma gegründet.

Nach ein paar erfolgreichen Jahren mussten wir Insolvenz anmelden, da unser Hauptkunde erst immer später, dann gar nicht mehr gezahlt hat. Insolvenz bedeutet: alles weg - Geld, Auto und die vorausschauend angelegte Lebensversicherung. Dazu gab es „Liebe Freunde“, die alles tun, um einem das Leben noch schwerer zu machen.

Erstmal keine andere Chance als Hartz IV

Reicht hinten und vorne nicht, und man wird meistens behandelt wie ein Schmarotzer, obwohl man jahrelang hart gearbeitet und ganz brav alle Anträge ausfüllt hat. Man lässt sich in sinnlose Maßnahmen stecken und bewirbt sich auf Jobs, die anscheinend prinzipiell nichts mit dem zu tun haben, was man gelernt hat und was man kann. Es drängt sich eher der Verdacht auf, dass einem der gebührende Platz klar gemacht werden soll: Putzen, Regale einräumen im Supermarkt, oder Putzen. Auf meine Anmerkung, dass ich ja schon etwas älter sei und meine Knie alles andere als frisch, bekam ich zu hören: „Sie sehen aber gar nicht so aus“. In diesem Fall ein eher zweifelhaftes Kompliment.

131 Euro Rente – das heißt weiterarbeiten

Und jetzt, nach 37 Arbeitsjahren, flattert der Rentenbescheid ins Haus: 148 Euro im Monat, von denen nach Abzug von Sozialabgaben 131 Euro ausbezahlt werden. Dass ich damit nicht werde leben können, ist offensichtlich – also wird es für mich heißen: weiter arbeiten! Und wenn es irgendwann nicht mehr geht, wieder zum Amt rennen, um die Grundsicherung zu beantragen und irgendwie zu überleben.

Nach so vielen Arbeitsjahren wäre es eine Riesenerleichterung, wenn auch Selbständige eine Grundversorgung, die sie sich ja verdient haben, erhalten würden und nach dem Arbeitsleben ein bisschen ausruhen könnten.

Klimagerechtes Leben für alle!

Von Andreas Rieger

Wie wollen wir leben in einer vom Bau- und Siedlungswesen überbeanspruchten Welt?

Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen, sowohl in den Städten mit knappem Wohnangebot als auch auf dem Land mit vielen ungenutzten Wohngebäuden. Angesichts der Klimakrise wird sich unser Siedlungs- und Bauwesen jedoch verändern und damit auch die Art und Weise, wie wir wohnen, arbeiten und leben.

Diesen Prozess hin zu einem nachhaltigen und respektvollen Umgang mit unseren Städten und Dörfern wollen wir positiv und konstruktiv gestalten. Gemeinsam mit ihren Einwohner*innen planen wir umweltschonende Gebäude, Grünflächen zur Erholung und Straßen für alle – auch

für Fußgänger*innen und große und kleine Radfahrer. Für effektiven Klimaschutz brauchen wir neben neuen Techniken und Erkenntnissen, vor allem die Bereitschaft von uns allen hierzu. Insbesondere sind die Regierungen, Parlamente und Verwaltungen in der Pflicht. Die Fähigkeit der Politik und der ausführenden Organe zu Veränderungen werden wir stärken.

Unser Weg dorthin heißt Beteiligung, Teilhabe und Mitbestimmung.

Dieser Weg beginnt in den Kommunalverwaltungen und führt über Beteiligungsprozesse vor Ort zu einem konstruktiven gemeinsamen Handeln. Das ist unser Ziel und



daher bitten wir um Ihre Stimme. Damit Deutschland handelt. Wir sind bereit dazu.

Der Weg der Veränderung ist ein gesellschaftlicher und kultureller Prozess.

Dieser hat im Bauwesen seine ganz eigenen Bedingungen, Risiken und Chancen. Derzeit blockieren mangelhafte politische Durchsetzung, überbordende bürokratische Regelungen und wirtschaftliche Einzelinteressen eine Umsetzung des Klimaschutzes im Siedlungs- und Bauwesen. Die Öffentlichkeit und die Politik auf allen Ebenen, Bauherren und planende Berufe, private und öffentliche Eigentümer*innen, Kunst- und Kulturschaffende ebenso wie Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen brauchen Motivation, um in Freiheit wirklich konstruktiv und kreativ zu handeln. Dass dies möglich ist, hat in vielfältiger Weise die Corona

Pandemie gezeigt. Niemand kann jetzt noch behaupten, dass Veränderung unmöglich ist. Wir wollen passende Rahmenbedingungen für alle Bereiche des Lebens schaffen und somit den Weg für ein gutes Leben für alle Generationen bereiten.

Aus dem Wahlprogramm

Wie wir Armut verhindern und soziale Gerechtigkeit fördern wollen:

Kindergrundsicherung

- Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe werden zur Kindergrundsicherung zusammengefasst.
- Jedes Kind erhält einen Garantiebetrag, Kinder aus einkommensschwächeren Familien einen zusätzlichen Garantie-Plus-Betrag (umso größer, je kleiner das Familieneinkommen).
- Wird bei Geburt einmalig beantragt und dann automatisch berechnet und ausbezahlt.

Garantiesicherung statt Hartz IV

- Keine Sanktionen mehr.
- Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums.
- Erhöhung um mindestens 50 Euro in einem ersten Schritt.
- Attraktivere Anrechnung von Einkommen: Eine zusätzliche Erwerbstätigkeit soll immer zu einem spürbar höheren Einkommen führen.
- Jugendliche in leistungsempfangenden Familien sollen ohne Anrechnung Geld verdienen dürfen.



Gesetzlicher Mindestlohn

- Sofortiges Anheben auf 12 Euro.
- Danach weitere Steigerungen, um wirksam vor Armut zu schützen.
- Abschaffung von Ausnahmen für Langzeitarbeitslose und Unter-18-Jährige.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch für Leiharbeiter*innen.

Rente

- Abbau prekärer Beschäftigung: Gute Löhne führen zu einer auskömmlichen Rente.
- Schrittweiser Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die perspektivisch alle mit einbezogen werden – der Altenpfleger und die Bundestagsabgeordnete.
- Umbau der Grundrente zu einer Garantierente.

* Das Vorabgespräch führten die beiden Kreisvorsitzenden mit Corinna per Videokonferenz. Der Erfahrungsbericht wurde von ihr selbst verfasst und nicht redigiert. Lediglich der Name wurde aus Persönlichkeitsrechten von der Redaktion geändert.

Den Knoten des Handelns im Bau- und Siedlungswesen durchschlagen.

Indem wir bewährte Verfahren der Baukultur weiterentwickeln, setzen wir das Ziel „Klimagerechtes Leben für alle“ im Alltag um. Die Lösungen hierfür werden so vielfältig, individuell und widersprüchlich sein wie das reale Leben. Für diese Lösungen braucht es eine gut vernetzte Entwicklungs- und Projektstruktur für bürgerschaftliche und baukulturelle Beteiligung in den Städten und Gemeinden. Schon heute gibt es unzählige technische und organisatorische Lösungen für ein klimabewusstes Leben. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Notwendigkeit, ein klimabewusstes Leben zu führen, liegen unzweifelhaft vor. Leider sind diese Lösungen komplex und bisher noch zu teuer, so dass nur wenige Menschen sie umsetzen können. Viel zu wenige, um tatsächlich etwas zu bewirken.

Dieser Zustand gilt es im Interesse unseres Planeten zu ändern. Für klimabewusstes Leben ist gute Bildung in einem guten Umfeld die unabdingbare Voraussetzung. Dafür setzen wir uns ein.



© 2021 ANNE MEYER

Wege durch Dahme-Spreewald

Fahrplan für eine mobile Zukunft

Von Sabine Freund

Eine Fahrt von Schönefeld Terminal 5 nach Lübben mit der Bahn dauert eine Stunde und zehn Minuten, mit dem Auto 45 Minuten. Von Lieberose nach Golßen kommt man mit dem Auto in 55 Minuten,

mit dem ÖPNV dauert es sage und schreibe 2 Stunden 45 Minuten – und das auch nur alle 2 Stunden. Der ÖPNV kann nur Konkurrenzfähig werden, wenn es gelingt, die Taktung zu verbessern, Umsteigezeiten

zu verkürzen, stillgelegte Strecken zu reaktivieren und die Probleme der letzten Meile auch in den ländlichen Räumen zu lösen! Diese Baustellen wollen wir angehen!

Bike & Ride
Abstellplätze für Räder müssen sicher und beleuchtet sowie mit Lade-Infrastruktur für E-Bikes ausgestattet sein.

Ruftaxis
Flexible Ruftaxis in den Randzeiten ermöglichen sicheres Heimkommen.

Stundentaktung
Alle Bahnhöfe müssen von früh bis spät mindestens einmal pro Stunde angefahren werden.

Querverbindungen ausbauen
Nicht nur Nord ↔ Süd, sondern auch Ost ↔ West.

Letzte Meile
Busse sollen künftig von früh morgens bis spät abends fahren.

Bike-Sharing
Leihräder und -roller ergänzen das Angebot des Verkehrsverbundes.

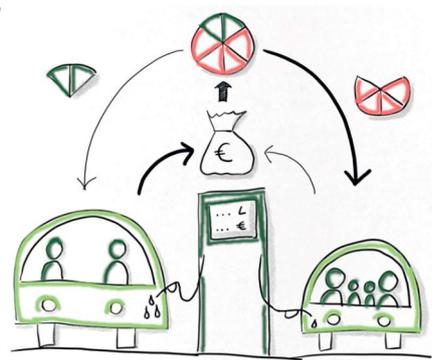
Das Energiegeld

Eine gerechte Idee verständlich erklärt

Von Andrea Lübecke

So funktioniert der soziale Ausgleich des CO₂-Preises

Seit Anfang dieses Jahres wird CO₂ bepreist. Dies führt zu höheren Kosten – beispielsweise beim Heizen oder an der Tankstelle – und belastet insbesondere Menschen mit geringerem Einkommen. Wir wissen, dass gute Klimapolitik nur sozialverträglich gelingen kann. Die höheren Kosten für CO₂ sollen ein Anreiz sein, CO₂ zu sparen, sie sollen aber auf gar keinen Fall die soziale Ungleichheit weiter steigern. Wie soll das gehen? Mit dem Energiegeld. Wie das funktioniert, lässt sich am besten am Beispiel Tanken erklären:



Das Energiegeld wird auf alle Menschen aufgeteilt.

Beim Tanken von Benzin oder Diesel fällt ein CO₂-Preis an. Alle Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung fließen in einen Topf. Einen Teil dieses Geldes wollen wir nutzen, um die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) zu senken. Das macht Strom billiger. Der Rest des Geldes wird gleichmäßig auf alle Einwohner*innen aufgeteilt und ausbezahlt – egal ob Kind, ob Rentner*in, ob erwerbstätig oder nicht. Der CO₂-Preis ist keine neue Einnahmequelle für den Staat.

© Franziska Buchner

sparsames Auto – zahlt weniger in den Topf ein, bekommt pro Kopf aber genauso viel Energiegeld ausgezahlt wie alle anderen – in diesem Fall also insgesamt vier Anteile. Das Pärchen links im Bild erhält pro Kopf natürlich den gleichen Anteil zurück – also insgesamt zwei Anteile. Da die beiden aber ein weniger sparsames Auto fahren, fallen für sie höhere CO₂-Abgaben an.

mit geringerem Einkommen in der Regel in kleineren Wohnungen leben, kleinere Autos fahren und nicht so häufig in den Urlaub fliegen, profitieren sie in besonderem Maße vom Energiegeld. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Energiegeld nicht auf Sozialleistungen angerechnet wird. Damit leistet es einen entscheidenden Beitrag für die erfolgreiche Bekämpfung der Klimakrise und hat das Potenzial, soziale Ungleichheit zu reduzieren.

Wer weniger CO₂ verbraucht, hat am Ende mehr im Portemonnaie

Wer weniger CO₂-Emissionen erzeugt – wie zum Beispiel die Familie rechts im Bild mit nur einem

Das Energiegeld ist sozialer Ausgleich

Mit dem Energiegeld lohnt es sich also finanziell für jede einzelne Person, CO₂ einzusparen. Da Menschen



Energiewende realisieren – Der Kohleausstieg wird viel früher kommen

Interview mit Heide Schinowsky – geführt von Andrea Lübecke

Was meinen wir, wenn wir von Energiewende reden?

Die Umstellung der gesamten Energieversorgung auf regenerative Energien, um unsere Treibhausgasemissionen – insbesondere CO₂ – schnellstmöglich auf Null zu senken, um die Erderwärmung zu bremsen und damit die Klimakrise zu stoppen.

erneuerbaren Energieversorgung. Auch Geothermie und Biomasse können an geeigneten Standorten und unter bestimmten Bedingungen einen wichtigen Beitrag liefern. Alle Energieträger haben auch ihre Nachteile, die wir im Blick haben müssen. Man kann z.B. nicht beliebig viel Biomasse zur Energiegewinnung anbauen, weil dies in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht.

raler Baustein in der Energiewende werden. **Was kann die Politik dazu beitragen?** Die Möglichkeiten und Angebote massiv erweitern, um CO₂-sparsam zu leben – und das quer durch alle Lebensbereiche.

Was sind die wichtigsten Schritte dabei?

1. Ausstieg aus Kohle und Gas; Reduzierung der Müllverbrennung sowie der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien.
2. Energie sparen (eigentlich der wichtigste Punkt, denn soviel Energie, wie wir aktuell benötigen, ist aus regenerativen Quellen nicht zu decken).
3. Energie effizient einsetzen: Weil Energie relativ preiswert ist, spielt Energieeffizienz noch keine große Rolle. Ein Beispiel: Energie für Transportkosten ist bisher kein relevanter Faktor für den Lebensmittelpreis. Wenn sich das ändert, werden regionale Produkte viel häufiger in den Supermärkten zu finden sein.

Was machen wir, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint? Wir müssen die Verfügbarkeit von Energie intelligent regulieren. Dafür brauchen wir u.a. Energiespeicher – sowohl in Einfamilienhäusern, um kleine Bedarfe zu decken, als auch große Speicher. Momentan kann unser Energieversorgungsnetz noch nicht ausschließlich mit regenerativ erzeugter Energie funktionieren. Um die Versorgungssicherheit auch mit regenerativen Quellen zu garantieren, brauchen wir noch ein paar Schritte, aber die sind technisch machbar – und dann sitzen wir auch nicht im Dunkeln.

Was heißt Energiewende im Wohnbereich? Muss jetzt jeder eine PV-Anlage auf das Dach oder den Balkon bauen?

Wir müssen staatlichseits dafür sorgen, dass es für alle, die ein Haus besitzen, attraktiv ist, über eine Solaranlage auf dem Dach nachzudenken. Gerade in unserer Region haben nicht viele Menschen einfach mal so 20.000 € zur Verfügung, die sie in eine PV-Anlage investieren könnten. Hier brauchen wir auch zukünftig attraktive Förderprogramme. Und wir brauchen passende gesetzliche Vorgaben, die hinreichend weit in die Zukunft gerichtet sind. Wer heute saniert, muss sich darauf verlassen können, dass das Haus auch in 20 Jahren noch die dann gültigen Anforderungen erfüllt.

Welche regenerativen Energieträger kommen denn in Frage?

Entscheidende Kriterien bei der Auswahl sind Stand der Technik und Wirtschaftlichkeit und dazu gehören auch die Folgekosten. Berücksichtigen wir diese, ist jede erneuerbare Energie günstiger als fossile Energien mit ihren hohen Klimafolgekosten oder als Kernenergie mit den Kosten für ein Atomüllendlager. Wind und Sonne sind die zentralen Elemente der

Weiche Möglichkeiten gibt es, Energie zu speichern?

Schon heute nutzen wir zahlreiche Speichertechnologien für Wärme und Strom, wie Pumpspeicherkraftwerke oder Batterien. Aktuell wird große Hoffnung auf Wasserstoff gesetzt: Strom, der gerade nicht benötigt wird, wird genutzt, um Wasserstoff zu erzeugen. Und wenn dann Energie benötigt wird, werden aus dem Wasserstoff in einer Brennstoffzelle wieder Strom und Wasser erzeugt. Wasserstoff wird ein zentraler

Und wer zur Miete wohnt, zahlt den Preis? Gerade bei Mietwohnungen wird die soziale Komponente von Klimaschutz klar: niemand darf wegen Klimaschutzmaßnahmen aus der Wohnung verdrängt werden. In unserem Wahlprogramm heißt es dazu u.a.: „Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen, sodass sie für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die Moder-



Heide Schinowsky lebt mit ihrer Familie in Jänschwalde, hat eine kleine Tochter und engagiert sich seit vielen Jahren im Bereich Klima und Energie. Sie startete bei der BUND Jugend, war BUND-Vorsitzende in Berlin, Referentin im Berliner Abgeordnetenhaus und Brandenburg Landtagsabgeordnete. Seit 2000 ist sie Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Das verstehe ich gut. Dass Windkraftanlagen stören können, habe ich selbst erlebt, als ich nachts meine Tochter stillte. Dann guckt man aus dem Fenster und statt der Ruhe des nächtlichen Dorfes, sieht man ständig diese rotierenden Windkraftanlagen, die einen davon abhalten, wieder einzuschlafen. Insofern hab ich großes Verständnis dafür, dass Windräder als Belastung und als etwas Negatives wahrgenommen werden. Wir haben aber in den vergangenen Jahren einiges auf den Weg gebracht, um diese Belastungen zu reduzieren. – Windräder müssen nachts nicht mehr durchgängig blinkern, sondern nur noch, wenn ein Flugzeug vorbeifliegt. Der Schutz von Vögeln und Fledermäusen ist ein zentrales Kriterium für die Genehmigung neuer Anlagen geworden. Und es wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kommunen an den Erträgen der Anlagen beteiligt werden können. Es macht einen Riesen-Unterschied, ob nur der einzelne Landbesitzer am Ertrag der Windanlage partizipiert oder hieraus z.B. die neue Turnhalle im Dorf finanziert wird. Und wenn die Dorfbewohner*innen auch noch mitsprachen könnten, wofür genau das Geld eingesetzt wird, dann macht das auch einen Unterschied – dann macht es das auch ein Stück weit zu ihrem Projekt. Als diejenige, die nur 5 Minuten vom Tagebau entfernt lebt und sich seit Jahren mit dessen zum Teil katastrophalen Folgen beschäftigt – z.B. für den Wasserhaushalt in der Region mit Auswirkungen bis nach Frankfurt (Oder) und Berlin – muss ich aber auch sagen: Im Vergleich

dazu sind die Auswirkungen von Windkraft oder Freiflächen-PV Anlagen gut zu handhaben bzw. steuerbar. Wir müssen die Belastungen und die Umweltfolgen für die einzelnen Energieträger ehrlich ins Verhältnis setzen. Wir brauchen alle Strom und Wärme.

Das Verfassungsgericht hat im Frühling geurteilt, dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung von 2019 nicht mit den Grundrechten vereinbar ist. Was bedeutet das für die Energiewende?

Wenn wir in Brandenburg über die Energiewende reden, muss uns klar sein, dass der Kohleausstieg deutlich früher kommen wird als mit dem Kohleausstiegsgesetz für 2038 beschlossen. Dieser Kompromiss wurde durch das Nachschärfen der Europäischen Klimaziele und des Verfassungsgerichts urteil überholt – demnach muss der Kohleausstieg nach oben gegangen – es wird also immer schneller immer teurer, große Mengen CO₂ zu emittieren. Dadurch wird die Betriebswirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken deutlich schneller in Frage gestellt. Wir dürfen den Kohleausstieg nun aber keinesfalls dem Markt überlassen. Das wäre unverantwortlich sowohl mit Blick auf die Versorgungssicherheit als auch auf die Beschäftigten. Hier ist jetzt vor allem die Bundespolitik gefragt, die einen neuen Ausstieg-Fahrplan auf den Weg bringen muss.



Was sagst du den Menschen, die sagen „Windkraft und PV zerstören die Landschaft, Windkraft ist laut. Das möchte ich nicht vor der Tür haben.“

Im Biosphärenreservat Spreewald wollen wir gemeinsam:

B iologische Vielfalt bewahren.

I n dem Biosphärenreservat zum Identitätstifter machen.

O ffen und vielen Ideen Raum geben, um Neues zu wagen.

S am mit den Menschen vor Ort Entscheidungen treffen.

P Ideen mit starken Partnern auch wirklich umsetzen.

H Kulturlandschaften nachhaltig pflegen.

A Offene Räume für Diskussionen schaffen.

R das Biosphärenreservat als Modellregion für Nachhaltigkeit entwickeln.

E gemeinsame Werte und Visionen entwickeln.

N Landnutzungskonflikte gemeinsam lösen.

R Strahlkraft in die Region durch Antworten für die Region erzeugen.

E regionale Wirtschaftsförderung fördern.

S an den Tourismus.

F das Biosphärenreservat erlebbar und spürbar machen.

R einen effektiven Fördermitteleinsatz.

V dass die Menschen vor Ort sich als Verantwortungsgemeinschaft begreifen.

A Lust auf's Mitmachen und Gestalten erzeugen.

T das Biosphärenreservat zu UNSEREM GEMEINSAMEN Projekt machen.

Schwarzstorch als Brutvogel im Spreewald ausgestorben

Ein Gastbeitrag von Thomas Liebsch, BUND Brandenburg OG Lübben/Spreewald

Letztes Habitat für überflüssige Umgehungsstraße zerstört

Klimawandel und Artensterben treten als globale Existenzkrise zunehmend in das Bewusstsein der Menschen. Dabei vollzieht sich der dramatische Rückgang der Artenvielfalt nicht nur in der Ferne, sondern auch direkt vor unserer eigenen Haustür. Selbst im UNESCO-Biosphärenreservat „Spreewald“ sind in den letzten Jahren dramatische Entwicklungen zu beobachten: Bei den Amphibien- und Reptilienbeständen beispielsweise verzeichnen die Umweltverbände Bestandsrückgänge von teilweise über 95%. Eine Rotbauchunke, einen Kammmolch oder einen Moorfrösch zu entdecken, wird immer mehr zu einem Glücksfall. Doch besonders schmerzlich war es, als der BUND Brandenburg bei einer Recherche im vergangenen Jahr feststellen musste, dass der Schwarzstorch – ein Charaktervogel des Spreewalds – als Brutvogel hier ausgestorben ist. Seit 2019 gibt es in der gesamten Spreewaldregion kein einziges Brutpaar mehr.



Das war einer der letzten brütenden Schwarzstörche im Spreewald. Foto: Jürgen Borries

– nicht zuletzt wegen der Eingriffe in das sensible Spreewald-Ökosystem – und stand damals wegen drohender Unwirtschaftlichkeit kurz vor dem Aus. Um Kosten zu sparen und die Umgehungsstraße zu retten, griff man auf die schon länger erwogene Option zurück, die zum Verkauf stehenden Teiche zu erwerben und die geplante Großbrücke über die Spre und ihre Aue stark zu verkürzen. Die Umweltverbände sind der Ansicht, dass die Schwarzstörche und die anderen gefährdeten Arten, entgegen geltendem Recht, dem geplanten Bau einer Umgehungsstraße geopfert wurden, deren Realisierung noch völlig ungewiss ist.

Es gibt bessere, klima- und naturverträglichere Alternativen Und das, obwohl es bessere, klima- und naturverträglichere Alternativen gibt, die bisher jedoch noch immer nicht geprüft wurden. Im Angesicht der herandrückenden Klima- und Umweltkatastrophe sollte dieses überflüssige und schädliche Großprojekt grundsätzlich neu bewertet werden. Das wäre ein Zeichen für eine zeitgemäße Mobilitätspolitik, die dem Ausbau bestehender Strecken – wo es bautechnisch möglich ist – gegenüber dem kostspieligen Neubau tatsächlich den Vorrang gibt. Um dem Schwarzstorch seinen Lebensraum im Spreewald zurückzugeben, fordern die Umweltverbände vom Land Brandenburg die unverzügliche Einstellung der Planungen zu der rechtswidrigen Umgehungsstraße und die Aufstellung eines Artenschutzprogramms zur Wiederbesiedlung.

Ausgewiesene Schutzzwecke und geltendes Recht

Das entspricht den ausgewiesenen Schutzzwecken und damit geltendem Recht. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass der Schwarzstorch und alle anderen bedrohten Tier- und Pflanzenarten in ihrer Urheimat Spreewald erhalten bleiben und sich auch nachfolgende Generationen noch an ihnen erfreuen können.



Kontakt: Thomas Liebsch
Vorsitzender OG Lübben/Spreewald
BUND Brandenburg
E-Mail: bund.luebben@bund.net
Spendenkonto des BUND Brandenburg e.V.
DE24 4506 0967 1155 2782 00
Stichwort: „Schwarzstorch“



Zusammenleben braucht Vielfalt

Ländliche Räume profitieren von neuen integrativen Konzepten

Von Gerd Kaufmann

Soll ein leer stehendes Kleingartengrundstück verunkrautet oder einem geflüchteten Menschen aus Syrien zur Nutzung überlassen werden, so dass er sich hier bei uns besser einleben kann?

Diese Frage wurde vor einiger Zeit in unserem Landkreis heiß diskutiert. Und natürlich konfrontiert uns das mit Herausforderungen: Wenn jemand Fremdes kommt und mitmachen möchte – muss ich dann nicht auch aktiv werden, sie oder ihn unterstützen? Sollte ich dann nicht auch über meine Gewohnheiten nachdenken, Neuem gegenüber offen sein und im besten Fall bei der Lösung von Problemen helfen?

Wie sieht unser Zusammenleben der Zukunft aus?

- Wir als Bündnis 90/DIE GRÜNEN finden die Beschäftigung mit diesen Fragen wichtig. Denn diese Kleingartenfrage ist nur ein Beispiel für viele andere Fragen zu unserem Zusammenleben in der Zukunft:
- Ist Leerstand besser, als dass eine Person neben mir wohnt, die anders ist und die ich erst noch kennenlernen darf?
- Ist ein leerer Ausbildungs- oder Arbeitsplatz besser, als dass da eine Person arbeitet, die zwar noch Unterstützung bei der Sprache und unserer Verwaltung braucht, aber hoch motiviert ist und anpackt?
- Soll ein Chor oder eine Feuerwehr geschlossen werden, weil sich Homosexuelle oder Transgenderpersonen bei uns nicht willkommen fühlen?



Durch das gemeinsame Arbeiten im Kleingarten kann man gut voneinander lernen – so kann Integration gelingen.

• Wo blockieren wir Menschen mit Behinderungen, sich mit ihren speziellen Fähigkeiten vor Ort einzubringen, weil wir nicht darüber nachdenken und Barrieren sind von uns fern halten? Diese Liste mit Fragen ließe sich fortsetzen ... Natürlich bereitet es etwas Aufwand, sich mit „dem Anderen“ zu beschäftigen, ihm Spielraum zu geben und sich auch für Fremdes zu interessieren, um es als weniger fremd zu empfinden.

Zusammenleben und Zusammenhalten

Wir als Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind der Meinung, dass dieses Interesse am Anderen uns allen gut tun würde – unserem Zusammenleben, unserem künftigen wirtschaftlichem Erfolg, der Attraktivität unserer Region, der Stärkung eines rechtsichsvollen Umgangs miteinander und eines guten Lebens vor Ort. Wir können alle davon profitieren, dass wir gut miteinander

umgehen und uns unterstützen, wo immer es geht, egal woher jemand kommt und wie jemand zu sein scheint. Wir finden sogar, das ist entscheidend für eine gute Zukunft in unserem Land. Natürlich gibt es auch Konflikte und es bedeutet Arbeit – daher haben wir auch im Bundestagswahlprogramm genau für diesen Bereich eine stärkere Unterstützung geplant. Das Zusammenleben und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind uns nicht egal, sondern wir wollen in sie investieren.

Neue Perspektiven erarbeiten

Davon würden dann auch, wie in unserem Fall, gefährdete Kleingartenkolonien profitieren können: Sie könnten mit unserer Unterstützung darauf zählen, genau diese Herausforderungen zu bewältigen und eine neue Perspektive zu erarbeiten, zum Beispiel durch Konzepte eines integrativen Kleingartens. Über das Gärtnern kommt man in Kontakt,

Erfahrungen können ausgetauscht werden, gegenseitige Hilfe wird möglich. Und wenn man das richtig als Konzept umsetzt, erschließt man sich neue Interessierte und kann seinen Horizont erweitern. Die Kleingartensparte gibt unterschiedlichen Menschen Raum und allen Gelegenheit, sich im Jahresverlauf miteinander auszutauschen. Durch das gemeinsame Arbeiten im Kleingarten kann man gut voneinander lernen – so kann Integration gelingen. Dieses Anpacken für ein gutes Zusammenleben aller in Deutschland ist unser Ziel.

Vorurteile und Falschaussagen:

Bekommen Geflüchtete mehr Geld vom Staat als Hartz4-Empfänger*innen? NEIN.

Wir haben uns mit den häufigsten Vorurteilen und Fragen befasst und räumen auf mit Falschaussagen. Mehr dazu online lesen.



Für kleine Grüne Entdecker

Sonnenblumen suchen und gewinnen!

Liebe Kinder, für Euch haben wir eine besondere Überraschung. Auf jeder Seite unserer Zeitung haben wir Sonnenblumen versteckt. Schaut doch mal, wie viele Sonnenblumen ihr insgesamt finden könnt. Die Sonnenblumen auf dem Bild mit den Gewinnen zählen nicht mit.



Wenn Ihr sie alle gezählt habt, schickt uns Eure Lösung unter dem Stichwort **„Sonnenblumen suchen“** per E-Mail an: buero@gruene-dahme-spreewald.de und gewinnt mit etwas Glück eines von fünf Grünen Fanpaketen. **Einsendeschluss: 26.09.2021**

Gewinne eines von fünf Grünen Fanpaketen im Wert von je 20 Euro.

Das Fanpaket beinhaltet:

- 1 Gemüsebeutel
- 1 Kaffeebecher
- 1 Paket Straßentafel
- 1 Päckchen Buntstifte
- 1 mal Seife

Die Teilnahmebedingungen und Angaben zur Erhebung und Nutzung von Daten zum Zweck des Gewinnspiels stehen unter <http://gruene-wahlzeitung-lds.de/teilnahmebedingungen/>



Pflege - Anerkennung und Wertschätzung schaffen

Ein Erfahrungsbericht von Ulrike Becker-Dehning



Die Autorin dieses Artikels bei der Pflegearbeit auf der Kinderintensivstation

Seit 1980 arbeite ich mit Unterbrechungen in der Pflege. Nach der Ausbildung zur Kinderkrankenschwester (heute: Gesundheits- und Kinderkrankenschwester) für pädiatrische Intensivpflege habe ich überwiegend auf verschiedenen Kinderintensivstationen gearbeitet. Es ist ein schöner Beruf, der mich viele Jahre erfüllt hat. Die Arbeit ist interessant, anspruchsvoll, verantwortungsvoll, vielseitig und oft auch seelisch und körperlich anstrengend. Den Kontakt mit Menschen und das Gefühl, sie in Ausnahmesituationen unterstützen zu können, empfinde ich als etwas ganz Besonderes. Ich habe viele Veränderungen und Entwicklungen in der Medizin miterlebt und es ist oft erstaunlich, was es im Gegensatz zu den achtziger Jahren heute für Möglichkeiten gibt.

Das Fehlen von Pflegekräften führt zu lebensbedrohlichen Situationen
Es hat sich aber auch Einiges verändert, was nicht mehr hinzunehmen ist. Seit vielen Jahren nimmt die Belastung in der Pflege kontinuierlich zu. Pflegefachpersonal wurde lange Zeit, vor allem im Krankenhausbereich, als Kostenfaktor gesehen und kontinuierlich abgebaut. So ist es schon lange vor der Corona-Pandemie zu einem Pflegepersonal in Deutschland gekommen. Es fehlten da bereits 50.000 bis 80.000 Pflegefachkräfte. Und der künftige Mehrbedarf an Pflegefachpersonal wird heute bundesweit auf ungefähr 130.000 Vollkräfte in der Langzeitpflege und 100.000 Vollkräfte in der Krankenpflege geschätzt. Gleichzeitig führt die demographische Entwicklung zu steigenden Fallzahlen sowie

veränderten Fallstrukturen (zum Beispiel durch immer mehr demente und multimorbide Patienten) und damit zu einem erhöhten Pflegebedarf. Oft ist überhaupt keine Zeit mehr, Patienten auch menschlich zu versorgen, auf ihre Ängste und Bedürfnisse einzugehen. Es herrscht eine große Unzufriedenheit in der Pflege. Verschiedene Studien zeigen, dass ein Drittel aller Pflegefachkräfte den Job aufgeben will und fast die Hälfte ihren Stellenanteil reduzieren will. Diese Situation führt dazu, dass auf Grund von Personalmangel in der Pflege im Krankenhaus oft Betten gesperrt werden müssen. So hat es zum Beispiel im Oktober 2018 einen aufwühlenden Bericht von der Kinderintensivstation in der Medizinischen Hochschule Hannover gegeben. Dort mussten allein

bis zu diesem Zeitpunkt 300 Kinder abgewiesen werden, und das auf einer Station für schwerkranke Kinder. Das bedeutet auch, dass die Kindern unter Umständen deshalb gestorben sind. Das Leid, das hier verursacht wird, ist in keiner Weise zu verantworten. Und es passiert nicht nur in Hannover oder auf Kinderstationen, sondern im ganzen Land, auch auf Erwachsenenstationen. Hinzu kommt es, selbst wenn Betten gesperrt werden, immer noch regelmäßig zu Überlastungen des Pflegefachpersonals. In der Pflege kann das potenziell zu einer Gefährdung oder Schädigung der Pflegeempfänger führen. Obwohl das Pflegeberufgesetz beschlossen und verabschiedet wurde, wird sich die Situation in absehbarer Zeit nicht verbessern, da es nicht genügend Personal gibt.

Ein falsches Bild führt zu fehlender Wertschätzung

In Gesellschaft und Politik besteht ein verzerrtes Bild von der Pflege und ihren Kompetenzen und Leistungen. Es fehlt an Wertschätzung für den Pflegeberuf. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass Kompetenzen nicht genutzt werden. So dürfen Pflegefachkräfte in vielen Bereichen ihr Wissen und Können nicht ohne ärztliche Anordnung einsetzen. Auch die schleppende Umsetzung der Akademisierung der Ausbildung untermauert diesen Eindruck. Natürlich krank es nach wie vor an der Vergütung. Angesichts der Verantwortung und Belastungen sind die Gehälter viel zu oft viel zu niedrig.

Zur Verbesserung der Situation der Pflegefachkräfte fordert der Deutsche Pflegeerrat:

- Es muss in allen Bereichen der Pflege eine verbindliche und angemessene Personalausstattung geben, die sich am Versorgungsbedarf orientiert. Es muss mehr Zeit sein für qualitativ hochwertige Pflege und für menschliche Zuwendung.
- Überall in der Pflege sind angemessene Gehälter zu zahlen, die sich an der Verantwortung und Systemrelevanz des Berufes orientieren.
- Der Aufgabenzuschnitt der professionellen Pflege und die Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsbereichen sind neu zu regeln. Pflegefachpersonen sollen autonom ihre vorhandenen Kompetenzen einsetzen können. Damit könnten auch Karriere-

möglichkeiten in der Versorgung pflegebedürftiger Menschen geschaffen werden.

- Die Führungskompetenz der Pflegeleitungen ist zu fördern und die Organisation pflegerischer Arbeit zu verbessern. So führt z.B. ein zuverlässiger und professionell gestalteter Dienstplan zu einer höheren Mitarbeiterzufriedenheit.

- Eine qualitativ hochwertige Ausbildung ist notwendig.

- Eine berufliche Selbstverwaltung in Form einer Pflegeberufekammer ist zu errichten.

Anerkennung und Wertschätzung schaffen

Diese Vorschläge entsprechen den Forderungen im Wahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Durch bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle wollen wir Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten.



Digital! Jetzt?

Vom „Modernisierungsjahrzehnt“, das nie kam.

Mit dem Versprechen, die 2020er zu einem „Modernisierungsjahrzehnt“ zu machen, starten CDU und CSU in die Bundestagswahl. Alles, was es dazu braucht, sei ein bisschen „schneller, besser und mutiger“ zu werden.¹

Mit einem ähnlichen Versprechen traten eben diese beiden Parteien auch schon zur Bundestagswahl 2005 an. Im damaligen Programm heißt es:

„Ziel ist es, bis 2009 sämtliche staatlichen Angebote des Bundes online zur Verfügung zu stellen. Wir wollen dem Bürger die staatlichen Verwaltungsleistungen rund um die Uhr ohne Gang zur Behörde erschließen. Nicht die Bürger sollen laufen, sondern die Daten.“²

Zwischen diesen beiden Programmen liegen mehr als 15 Jahre gemeinsame Regierungsverantwortung von CDU und CSU in einer unionsgeführten Bundesregierung.

Was will die Union im laufenden Jahrzehnt erreichen, das sie nicht schon in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten hätte umsetzen können?

Der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bescheinigt der eigenen Regierung „Koordinations- und Organisationsversagen“³ und erklärt, dass sich die Strukturen und Prozesse der öffentlichen Verwaltung bereits vor der Pandemie als wesentliche Hemmnisse für eine effektive Digitalisierung erwiesen haben.



Aktuelles Wahlplakat zum Thema Digitalisierung

Häufig ist es allein den Akteu*innen auf kommunaler Ebene zu verdanken, dass die kommunale Verwaltung in den letzten 15 Monaten trotz fehlender technologischer Ausrüstung und ungenügender personeller Unterstützung nicht vollständig zusammengebrochen ist. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) versucht, diese Leistung regelmäßig in einen Erfolg des Bundes umzuzeichnen und spricht dabei gern vom „Digitalisierungsschub“, wobei noch „viel Potenzial in einer stärkeren Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung steckt“. Digitalisierungslücken werden aber „gleichzeitig immer mehr zum Wettbewerbsnachteil für unseren so wichtigen Mittelstand“.

Aus eigener Erfahrung

Ich bin selbst Inhaber eines solchen mittelständischen Unternehmens im Norden unseres Landkreises. In unserem Unternehmen beschäftigen wir mehr als 20 großartige Menschen. Neben solidem Handwerk ist unser Erfolg von der konsequenten Weiterentwicklung und Digitalisierung unserer Geschäftsprozesse und unseres Angebots abhängig. Dass wir immer weiter Energie auf die Digitalisierung verwenden und sich dennoch kein nutzbares Potenzial entfaltet, ist das unmittelbare Ergebnis der Politik der letzten 15 Jahre. Das hat ganz reale Folgen für die Unternehmen, die Bürger*innen und unser Verhältnis zur Verwaltung.

Von **Torben Schmidt** Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens; Namen geändert

¹ CDU/CSU 2021, „Das Programm für Stabilität und Erneuerung“, S. 4

² CDU/CSU 2005, „Deutschlands Chancen nutzen“, S. 11

³ BMWi 2021, „Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise“, S. 20

⁴ [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/ Videos/2020/20200907-altmaier-digital-jetzt.html](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Videos/2020/20200907-altmaier-digital-jetzt.html), Rev.: 22.06.2021



Mehr Artikel zu Wirtschaft, Verwaltung und Digitalisierung finden Sie auf unserer Website.

Ressourcen schonen: echte Kreislaufwirtschaft entwickeln

Dr. Gerhard Kalinka antwortet auf Fragen von Susanna Sandvoß

1. Wie würdest du einer Fünftklässigerin die Kreislaufwirtschaft erklären?

Damit ein Baum wachsen kann, braucht er Nahrung aus der Erde und der Luft. Nach seiner Lebenszeit zerfällt der Baum wieder zu Erde, und diese Erde ist wieder Nahrung für andere, neue Bäume. In diesem Kreislauf der Natur bleibt kein Müll übrig. Alles wird wiederverwendet.

Wir Menschen produzieren sehr viele Dinge: Häuser, Autos, Straßen, Spielsachen. Wenn das Haus eines Tages alt ist, das Auto nicht mehr läuft und die Spielsachen nicht mehr gebraucht werden, dann kommen sie in den Müll. Der Müll wird immer mehr. Besser ist, wenn wir es so machen wie die Natur. Wenn etwas alt ist, und nicht mehr repariert werden kann, dann muss daraus wieder etwas Neues gemacht werden, ohne dass Müll übrigbleibt.

2. In welchen Bereichen kann man eine echte Kreislaufwirtschaft umsetzen?

Im Grunde müssen alle produzierenden Bereiche dazu beitragen, dass wir nicht im Müll ersticken oder die endlichen Rohstoffe zur Neige gehen. Es gibt auch bereits funktionierende Kreisläufe, etwa in der Landwirtschaft, bei Papier und Pappe oder bei Metallgewinnung. Andere hinken hinterher, wie die Kunststoffindustrie. Wir sammeln zwar fleißig Kunststoffe in den gelben Säcken, doch der Kunststoffmüll wird überwiegend exportiert oder verbrannt.

3. Wieso klappt das bei einigen Rohstoffen, bei Kunststoff aber nicht?

Das Metall-Recycling ist erfolgreich, weil es billiger ist, Metallschrott aufzuarbeiten, als das Metall aus Erz neu zu gewinnen. Bei Papier und Pappe ist das ähnlich. Bei Kunststoffen jedoch ist es billiger, diese aus Erdöl neu herzustellen, als sie aus Kunststoffmüll zu recyceln. Man kann Kunststoffmüll zwar sammeln, reinigen, nach Typen sortieren und dann wieder zu neuen Produkten formen, aber dabei werden die Eigenschaften deutlich schlechter. Es gibt Verfahren, die den Kunststoffmüll wieder in seine chemischen Bestandteile zerlegen. Daraus lassen sich dann neuwertige Produkte herstellen. Das kostet allerdings einiges.

4. Siehst du Möglichkeiten, wie man das verbessern kann?

Mein Ziel ist die Entwicklung einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft. Nach dem Lieferkettengesetz müssen alle, die ein Produkt herstellen, die Herkunft der Rohstoffe und Vorprodukte nachweisen. Das Gesetz hat noch Lücken; es müsste zum Beispiel verbindliche Recyclingquoten enthalten. Für die Reparaturfreundlichkeit und das Recycling müssten die herstellenden Firmen des Produkts verantwortlich sein. Überhaupt muss der Preis jedes Produkts nicht nur Herstellungs-, sondern auch Recyclingkosten beinhalten.

5. Und wie kann die Zukunft von Kunststoff aussehen?

Von Beruf bin ich Werkstoffwissenschaftler für Kunststoffe. Diese Materialien tragen zur Verbesserung des globalen Lebensstandards bei, weil sie leicht, hygienisch, sehr flexibel in ihren Eigenschaften, haltbar und sehr billig herzustellen sind. Aber die Entsorgung ist weitgehend ungelöst. Ich will, dass Plastik weltweit vollständig eingesammelt wird, zum Beispiel mit einem globalen Plastikpfad für alle Plastikprodukte.

Über Lieferketten- und Kreislaufgesetze muss dann der Einsatz von recycelten Stoffen in der Produktion stufenweise auf 100 Prozent erhöht werden.



...still waiting...



Wir brauchen (anderen) Wald!

Naturschutz und Forstwirtschaft verbinden
 Von Jonas Reif

Ungefähr 45 Prozent der Fläche von Dahme-Spreewald sind Wald. Auch wenn große Waldflächen zum Naturpark Dahme-Heideseen, zum Naturpark Niederlausitzer Landrücken und zum Biosphärenreservat Spreewald gehören und viele Wälder ein Teil von Landschaftsschutzgebieten sind, handelt es sich nicht um „Urwälder“, sondern fast immer um forstwirtschaftlich genutzte Flächen. 84 Prozent aller Wald-bäume im Landkreis sind Kiefern. Der „typischste“ Nadelbaum unserer Heimat ist jedoch nur mittelmaßig an die zukünftigen Lebensbedingungen angepasst. Vor allem Kiefernmonokulturen erweisen sich als Sackgasse. Nicht nur können sich Krankheiten in Beständen aus einer Art schneller ausbreiten, auch Waldbrände haben bei zunehmenden Trockenperioden und harzhaltigem Holz ein leichtes Spiel.



Walddümbau Rochauer Heide

Sinnvolle Zukunftsinvestitionen
 Walddümbau ist angesichts von Umtriebszeiten von 50 und mehr Jahren ein Generationenprojekt. Neupflanzungen müssen weit vorausgedacht werden, sind sie doch ganz im Wortsinn „Zukunftsinvestitionen“. Allein auf die sogenannte „Naturverjüngung“ (also die Regeneration aus eigenem Saatgut) zu setzen, reicht nicht aus. Was sollen schon für Samen keimen, wenn auf einer Fläche vorher nur Kiefern wuchsen? Die „Kunstverjüngung“, also die Pflanzung junger Bäume, bietet die

Chance, neue Arten zu etablieren. Doch welche sind geeignet?
Natürliche Waldverjüngung
 Ein wichtiger Hinweisgeber dafür kann die „potentielle natürliche Vegetation“ sein, also die Pflanzen, die ohne den Eingriff des Menschen an einem Standort auftreten würden. Für unseren Landkreis sind das neben der Kiefer vor allem Traubeneichen, Hainbuchen und Winterlindern. Aber auch manch seltene heimische Baumart wie Feldahorn, Elsbeere, Spierlilie oder

Flaumeiche sollte in Betracht gezogen werden. Aus wirtschaftlichen Gründen kann es durchaus sinnvoll sein, auch „Exoten“ zu integrieren, etwa Douglasie, Esskastanie, Zerriche oder Libanonzedern. Solange fremdländische Baumarten nicht zu „invasiven Neophyten“ werden, also heimische Pflanzen verdrängen, oder sie plantagenartig angebaut werden, können sie durchaus eine Bereicherung darstellen. Trockene Sommer verringern den Anwuchsfolg von Jungbäumen deutlich. Fraßschäden setzen den kleinen Pflanzen zusätzlich zu. Ein großflächiger Walddümbau ist ohne Einzäunungen oder naturverträgliche Jagd vielerorts unmöglich.

Förderprogramme nutzen - Bürokratie abbauen

Vor allem für Besitzer von kleinen Waldflächen stellen Umbaumaßnahmen eine erhebliche Herausforderung dar – organisatorisch, wie finanziell. Inzwischen existieren Förderprogramme. Doch der bürokratische Aufwand ist immens. Hier braucht es mehr Unterstützung vom Staat und pragmatische Lösungen. Kommunen und Bundesländer müssen als Waldbesitzer ihrer Vorbildrolle nachkommen. Nachhaltige Forstwirtschaft ist auch unter klimatischen Veränderungen möglich. Mindestens fünf Prozent der Waldflächen sollten aus der Bewirtschaftung entnommen und wieder zu „Urwäldern“ werden.

Was Lebensmittel uns wirklich kosten

Warum BIO an der Supermarktkasse „teurer“ ist als konventionell
 Von Andrea Lübcke



Der starke Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung lässt die Anzahl resistenter Bakterien anwachsen und verursacht so hohe Kosten im Gesundheitswesen. All dies findet sich nicht auf der Rechnung für die Milch oder das Steak, diese Kosten trägt die gesamte Gesellschaft.

Geringere externe Kosten bei Biolandbau

Im Vergleich zum konventionellen Anbau hat der Biolandbau wesentlich geringere externe Kosten. Hier ist der Einsatz chemischer Düngemittel und Pestizide sowie der vorbeugende Einsatz von Antibiotika verboten. Biobauer*innen fördern die Artenvielfalt und binden CO₂ im Boden. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO, hat beide Systeme miteinander verglichen und für das Beispiel Weizen gezeigt, dass die natürlichen Kapitalkosten im konventionellen Anbau fast doppelt so hoch sind wie die im Biolandbau.

Auch wenn die Berechnung der externen Kosten für jedes einzelne Lebensmittel schwierig und aufwendig ist, machen diese Beispiele die Probleme der Agrarindustrie und die Vorteile der biologischen Landwirtschaft sehr greifbar.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Als Grüne haben wir in unserem Wahlprogramm eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU aufgenommen: „die Milliarden an öffentlichen Geldern [sollen] künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden. [...] Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreichen haben.“



Der Preis, den wir an der Supermarktkasse für Lebensmittel zahlen, spiegelt nicht alle Kosten, die für die Erzeugung dieses Produkts angefallen sind, wider. Entlang der gesamten Produktionskette entstehen „externe“ Kosten. Den wahren Preis eines Lebensmittels kann man nur angeben, wenn auch die externen Kosten eingerechnet werden.

Aber welche Kosten entstehen jetzt tatsächlich?

Schauen wir uns das für den konkreten Fall von Milch an. Um Milch zu produzieren, braucht die Bäuerin eine Kuh, Futter, einen Stall, Wasser. Die gemolkene Milch muss gekühlt, zur Molkerei gefahren und dort in Flaschen oder Kartons abgefüllt werden. Es fallen also zusätzliche Kosten für Verpackungsmaterial, Energie und Personal an. Dann geht die Milch in die Verkaufsstelle. Hier entstehen Kosten für die Lagerung, Reinigung, Energie, für das Grundstück und für Personal. Lebensmittel haben ihren Preis! Bei der Produktion von Bio-Lebensmitteln spielen Naturschutz und Tierwohl eine deutlich größere Rolle als bei konventionellen Lebensmitteln. Da das arbeitsintensiver ist, führt dies zu höheren direkten

Kosten für die Verbraucher*innen. Für konventionelle Lebensmittel entstehen hingegen höhere Nachsorgekosten durch die Belastung von Umwelt und Natur. Diese Kosten sind aktuell nicht im Lebensmittelpreis abgebildet und müssen von der Allgemeinheit getragen werden. Diejenigen, die Bio-Lebensmittel einkaufen, zahlen also doppelt – für die höheren Kosten von nachhaltig produzierten Lebensmitteln und für die höheren Folgekosten von konventionell hergestellten Lebensmitteln.

Intensive Landwirtschaft auf Kosten der Natur

In der konventionellen Landwirtschaft werden für den Anbau von Futtermitteln besonders viele Pestizide eingesetzt. Das zerstört die Artenvielfalt auf unseren Äckern. Bei der Viehhaltung entstehen große Mengen an Treibhausgasen und heizen so den Klimawandel an. Diese Treibhausgase entstehen nicht nur direkt durch die Tiere und durch Transport, Kühlung und bei der Herstellung von Düngemitteln für die Futtermittelproduktion, sondern auch indirekt dadurch, dass immer mehr Wälder abgeholzt und Moore trockengelegt werden, um Acker- und Weidflächen bereitzustellen.

Das gesunde Pausenbrot

Regional und lecker für alle
 Von Sandra Pengel

Auch mit wenig Budget lässt sich ein gesundes und leckeres Pausenbrot für Groß und Klein zaubern. Wer ein paar grundlegende Dinge beim Obst- und Gemüsekauf berücksichtigt, wird feststellen, dass gesunde Lebensmittel nicht zwingend teuer sind. Die „Gesunde Brotdose“ hat beispielsweise insgesamt nicht mehr als 0,75 Euro gekostet.



Wie geht das?
 Wir haben regional, größtenteils saisonal und wenn möglich in Bioqualität eingekauft. Dabei war es uns wichtig, einmal im Discounter und einmal auf dem Wochenmarkt einzukaufen. Denn nicht allen Eltern ist es möglich, Gemüse und Obst frisch auf dem Wochenmarkt zu beziehen. Der gesamte Einkauf, einschließlich der Zutaten für die Mayonnaise, hat nicht mehr als 10 Euro (Öl und Senf nicht eingerechnet) gekostet und reicht für zwei Kinder für eine Schul-/bzw. KiTa-Woche.

Gurkolas „Grüne Mayonnaise“

(Er ergibt etwa 300 ml fertiges Produkt)
Zutaten und Zubereitung:
 • 125 ml Sojadrink bio*
 • 1 EL (Apfel) Essig
 • 1 EL Senf
 • je 1/2 Bund Schnittlauch und Petersilie gehackt
 → Mit einem Pürierstab auf höchster Stufe sämig schlagen
 • 150 ml Rapsöl
 → langsam dazu geben, Pürierstab in Betrieb lassen, bis eine cremige Konsistenz entsteht. Ggf. etwas mehr Öl dazugeben, falls die ge-

wünschte Festigkeit noch nicht erreicht ist.
 → bei Bedarf mit Pfeffer und Salz abschmecken.

Im verschlossenen Glas im Kühlschrank hält sich die vegane Mayonnaise etwa zwei Wochen.

* Beim Kauf von Sojadrinks oder Soja-Produkten sollte unbedingt auf Bioqualität geachtet werden. Damit unterstützen wir eine nachhaltige, europäische Form des Sojaanbaus.

Gurkolas „Gesunde Brotdose“

Gurkolas „Grünes Sandwich“
 • 2 Scheiben Vollkornbrot
 • 2 TL Gurkolas Grüne Mayonnaise
 • 2 Scheiben Käse
 • Salatblatt, Gurken- und Radieschen-Scheiben
 → Brot und Käse diagonal schneiden. Die Brothälften mit Gurkolas Grüner Mayonnaise bestreichen und im Wechsel mit Gemüse und Käse belegen.

Gemüse-Spieße
 • 1 Möhre
 • 1/4 Salatgurke
 • 3 Radieschen
 → Gemüse putzen, in dünne Scheiben schneiden und auf Holzspieße stecken.

Sternchen Apfel
 • Regionalen Apfel waschen und in 1 cm dicke Scheiben schneiden.
 → Bei den Apfelscheiben das Kerngehäuse mit einer Ausstechform vorsichtig ausstechen.
 Wir haben eine Keksausstechform in Sternchenformat genommen, es gehen aber auch andere Motive.



Kinder haften für Ihre Eltern

Über Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit
 Von Stefan Tarnow

Seit dem 1. Juni 1958 ist das „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“ in Kraft. Leider sind aber bis heute nicht alle gleichberechtigt. Kinder und Jugendliche werden stark benachteiligt und das nur wegen ihres „zarten“ Alters.

Die junge Generation kann mehr, man muss sie nur bei komplexen Themen begleiten

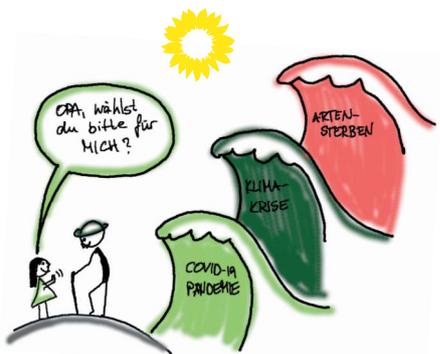
Die Wirtschaft und Politik von morgen wird von Kindern und Jugendlichen von heute gemacht. Und was macht die aktuelle politische Führung? Die Union lehnte ein Duell der Spitzenkandidierenden auf der Plattform Twitch durch den bekannten Influencer „Rezo“ ab. Begründung: sie wollen sich nicht in den neuen Medien präsentieren. Deutlicher kann man nicht sagen, wessen Interessen hier nicht vertreten werden. Zahlreiche Demonstrationen zeigen, dass Jugendliche in politischen und gesellschaftlichen Themen extrem engagiert sind, aber dies würdigt die jetzige Regierung nicht.

Entscheidungen von heute wirken für die Zukunft

Entscheidungen, die heute getroffen werden, wirken weit in die Zukunft – egal ob sie den Klima- und Insektenschutz betreffen oder die Reform des Rentensystems. Diejenigen, die mit diesen Entscheidungen am längsten leben müssen,

sind Kinder und Jugendliche. Ihre Stimme sollte deshalb nicht nur gehört werden, sondern auch zählen. Mit der Herabsetzung des Wahlalters wird den Jugendlichen Vertrauen in ihr Urteilsvermögen und in ihre politische Willensbildung zugestanden. Sie werden in ihrer Beteiligung gestärkt und ermutigt. Dies führt auch zu mehr Generationengerechtigkeit in einer immer älter werdenden Gesellschaft, in der das durchschnittliche Wahlalter seit Jahren steigt: 2017 waren 36% aller Wahlberechtigten für die Bundestagswahl über 60 Jahre alt, während es 1987 nur 26% waren.

Junge Menschen mitnehmen
 Um bei der jungen Generation das Verständnis für demokratische Prozesse und die elementaren Aufgaben von Regierung und Parlament zu vertiefen, muss unbedingt der Politikunterricht an deutschen Schulen ausgebaut werden. Wir Grüne setzen uns für alle Einwohner*innen ein, egal welches Alter sie erreicht haben. Kinder und Jugendliche werden Gehör finden beim Gestalten der Zukunft der Welt. Und mit der Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr auf Bundesebene wird ihre Stimme in Zukunft zählen.



© Franziska Buchner